

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1929

99 (22.8.1929)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-885011](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-885011)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Leitung: H. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einspaltige Korpuszelle oder deren Raum 15 \mathcal{M} , auswärts 20 \mathcal{M} , Melkamezelle 50 \mathcal{M} . Für durch Fernsprecher aufzugebene Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Schließtag 10.

Nr. 90

Elsfleth, Donnerstag, den 22. August

1929.

Chronik des Tages.

Dr. Eckner will am Donnerstag in Tokio zur Reise nach Amerika starten.
In München starb im Alter von 70 Jahren Christian Meßner, der Präsident des deutsch-amerikanischen Hilfsvereins.
Der Chef der italienischen Schiffsflotte, Admiral Noto, sprach der Marineleitung in einem Zitat seinen Dank für die Aufnahme in Deutschland aus.
Bei der Ziehung der Preussisch-Schlesischen Klassenlotterie fielen 300 000 Mark auf die Nummer 220 280.
Im Rahmen des Erprobungsprogramms des Großflugbootes Koberbach-Romar, das für den künftigen Transatlantikflugdienst nach Südamerika vorgesehen ist, unterzogen die Deutsche Luftfahrt am Dienstag einen neuen Gangversuch.
Die Schweizer Flieger, die am Montag früh von Grenchen zu einem Flug nach New York aufgestiegen waren, haben die Insel Azoren passiert. Der Flug verläuft bis jetzt normal.
Auf der Insel Cypern ist ein Mönch im Alter von 139 Jahren gestorben.
Auf Sumatra hat ein Brand 400 Häuser einäschert.

Der Versicherungstrach.

Berlin, 21. August.
Mitten in ihrer erfolgreichen Wiederaufbauarbeit hat die deutsche Wirtschaft einen empfindlichen Rückschlag erlitten: die aus dem 1865 gegründeten Institut hervorgegangene Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft ist in Schwierigkeiten geraten. Wie so oft, nahm auch hier die Katastrophe, nachdem die Laminie erst einmal ins Rollen gekommen war, einen immer größeren Umfang an. Heute ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß diese mit jährlichen Prämienentnahmen in Höhe von 190 Millionen Mark weitestgehende deutsche Versicherungsgruppe in ihren Grundfesten erschüttert ist.
Zurückzuführen sind die Verluste auf Geschäfte, die teilweise mit der Versicherungstätigkeit kaum noch etwas zu tun haben. Sinozu kommt, daß die Gesellschaft durch Tochterunternehmen noch überreichlich derartig großen Absatz und Abzahlungsfinanzierung genossen hat und langfristige Verträge durch kurzfristige Wechsel finanziert hat. So ist es gekommen, daß die Gesellschaft mit einem Aktienkapital in Höhe von 25 Millionen Mark jetzt für 160 Millionen Mark Garantieverpflichtungen gerabestehen muß.

Selbstverständlich stehen diesen 160 Millionen Mark auch wertvolle Aktiven gegenüber: Vermögenswerte, Reserven und Forderungen. Nur können die Werte nicht sofort und zum vollen Wert flüssig gemacht werden. Das bedeutet, daß der Gesellschaft vor sich die Mittel für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen fehlen.

Wie verlautet, wird die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft aus ihren Garantieverpflichtungen innerhalb der nächsten Wochen mit etwa 50 Millionen Mark in Anspruch genommen; 20 Millionen Mark sollen bereits Ende August flüssig sein. Damit besteht die Gefahr, daß eine große deutsche Versicherung ihren Verpflichtungen die Gegenleistung für die Prämien schuldig bleibt und daß Beispiel eines auch im Ausland bekannten deutschen Unternehmens nicht eingelöst werden.

Die Auswirkungen derartigen Vorgänge kann man sich ausmalen, ohne dazu seine Phantasie anstrengen zu müssen. Der Versicherungsgedanke würde durch dem Erlebnis der Inflation abermals einen schweren Stoß erleiden und das Ausland würde die Lust verlieren, der deutschen Wirtschaft Kapital zur Verfügung zu stellen.

Grund genug, um einer solchen Entwicklung unter allen Umständen vorzubeugen. Erfreulicherweise haben sich auch in Berlin und Frankfurt Verhandlungen angesetzt, mit dem Ziel, nachteilige Folgen aus dem Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu vermeiden, so gut es irgend geht. Zu diesem Zweck will man ein Stillelegungs-Konkordat der Banken bilden, das für die Verbindlichkeiten einvernehmlich und ermöglicht, die Aktien der Gesellschaft in Ruhe zu mobilisieren. Die Versicherungen der Frankfurter will die größte deutsche Versicherungsgruppe, der Allianz-Konglomerat, übernehmen.

Ob es möglich sein wird, die Gläubiger mit dem vollen Summen zu entschädigen, kann heute noch nicht gesagt werden. Deringegen zu fordern ist jedoch, die Verantwortlichen vor Schaden bewahrt werden, was geht nicht an, daß Versicherungsgelder durch Geschäfte, die mit dem Versicherungsgeschäft nichts zu tun haben, verlustig gehen. Erfüllt werden kann diese Forderung jedoch nur dann, wenn irgendwo ein ausreichender Teil der Prämienreserve aus der allgemeinen Masse herausgenommen wird.

Eine Klarstellung ist dabei erforderlich: das Lebensversicherungs-Geschäft kann durch die jetzige Finanzkrise nicht in Mitleidenhaft gezogen werden, weil durch gesetzliche Bestimmungen den Gläubigern eine Versicherung ein Zugriff auf die Reserven der Lebensversicherung nicht möglich ist.

Schlummer als mit den Gläubigern und den Versicherern steht es mit den Aktionären der Gesellschaft, die auf alle Fälle empfindliche Verluste tragen müssen. Gleichgültig, ob die Gesellschaft saniert wird und ihre Selbständigkeit behauptet, oder ob sie in Konkurs gerät. Schon heute haben die Aktionäre den größten Teil ihres Kapitals verloren. Die 400-Mark-Aktie, für die man vor wenigen Tagen noch gut und gern 800 bis 900 Mark zahlte, kann man heute nicht einmal für 100 Mark an den Mann bringen. Ein Spekulationsakt, die Gruppe Jakob Michael, muß zwar kurz vor dem Crash Wind von den Vorgängen bekommen haben, denn er bewarnt ein großes Aktienpaket an ein Tochterunternehmen der Frankfurter zum Kaufe von 900 Mark für die Aktie. Da der Kaufpreis aber noch nicht bezahlt ist, hat auch dieser Gruppe ihre Vorsicht nicht genutzt, sie hat nur die unglückliche Rolle eines Spekulationsakt mit der gleichfalls wenig beneidenswerten eines Großgläubigers vertauscht.

Erschöpft ist der Kreis der Leidtragenden damit jedoch noch nicht. Der Konzern beschäftigt auch ein großes Heer von Angestellten und Beamten, denen nun der Verlust ihrer Stellung droht. Mag sein, daß der größte Teil von ihnen auch nach der Umorganisation noch beschäftigt werden kann, vorerst geht in diesen Kreisen das graue Geßpenst der Sorge um.

Eins allerdings sollte man bei allen kritischen Betrachtungen nicht vergessen: die Finanzkrise der Frankfurter Gesellschaft muß als ein Sonderfall betrachtet und bewertet werden. Die deutsche Volkswirtschaft und das deutsche Versicherungswesen in ihrer Gesamtheit sind gesund, und sie werden das insbesondere auch dadurch nachweisen, daß sie schädigende Auswirkungen größeren Umfangs aus der jetzigen Krise verhindern.

Zu erwägen bleibt noch, wie dem Reichsaufsichtsausschuss für Privatversicherung die krisenhafte Entwicklung der Frankfurter Gesellschaft verborgen bleiben konnte. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß das Aufsichtsausschuss nur das Versicherungsgeschäft kontrolliert, nicht aber die Abzahlungsfinanzierung. Darüber aber, daß dem Konzern nichts passiert wäre, wenn er das alte Volkswort beherzigt hätte: „Schuster bleib bei deinem Leisten“, ist nicht zu diskutieren.

Anehrlisches Spiel im Haag.

Schluß mit der Räumungsabotage! — Einer Zwischenlösung entgegen? — Erste Zusammenkunft Briands mit Snowden.

Haag, 21. August.

Die Senation des getrigen Tages war die Zusammenkunft des französischen Ministerpräsidenten Briand mit dem englischen Staatskanzler Snowden im Rahmen eines Teils beim japanischen Delegierten. Es war die erste Zusammenkunft Briands mit Snowden. Man vermutet, daß beide Staatsmänner die Frage erörtert haben, unter welchen Umständen die Vertagung der Konferenz, von der man heute in allen Delegationen spricht, erfolgen soll und ob Deutschland vom 1. September oder vom 1. Oktober ab die Zinseszahlungen oder die Zahlungen aus dem Youngplan leisten soll. Zur Debatte steht ferner das Projekt einer vorläufigen Inkraftsetzung des Youngplans, unabhängig von der Zustimmung des Parlamentes.

Die Finanzjahre verhängigen der Delegationen haben ihre Beratungen, die sich am Montag bis spät in die Nacht erstreckten, fortgesetzt. Das Angebot, das sie den Engländern gemacht haben, geht offensichtlich zu Lasten Deutschlands. Aus dem 300-Millionen-Leberbüß aus dem Nebeneinanderwirken von Youngplan und Dawesplan will Frankreich den Engländern 200 Millionen Mark gewähren. Ein Vorschlag, von dem man in englischen Kreisen sagt, es sei nicht verhandelbar, wie man „anderer Leute Geld“ anbieten könne!

Demgegenüber hält Deutschland seinen Anspruch auf den Dawesbüß dieser tritte aufrecht; es ist gar nicht zu bestreiten, daß dieser Leberbüß nach dem Willen der Sachverständigen Deutschland rückvergütet werden muß. Leberbüß geben jetzt auch die Franzosen zu, daß sie nicht befugt sind, über die 300 Millionen Mark zu verfügen; sie wollen daher mit der deutschen Delegation in Verbindung treten, um Deutschlands Zustimmung zu der Abfindungszahlung an England zu erlangen. Zu einem Entgegenkommen haben wir natürlich keine Veranlassung.

Schärfster Protest fordert aber die Verstärkungstaktik Briands in der Räumungsfrage heraus. Briand hat seine Zusage, den Räumungstermin zu nennen, abermals nicht gehalten und damit eine Lage geschaffen, die für die deutsche Delegation einfach untragbar ist.

Die deutsche Delegation muß jetzt ein offenes Wort im Haag sprechen, und wie verlautet, wird die deutsche Abordnung auch nachdrücklich betonen, daß die finanziellen Streitfragen nicht mehr den einzigen Verhandlungspunkt bilden dürfen, sondern daß auch die gleich wichtigen politischen Fragen endlich einer Lösung zugeführt werden müssen.

Arbeit ist dringend erforderlich! Die französische Regierung muß jetzt vor die endgültige Entscheidung gestellt werden, ob sie ehrlisch an eine Gesamträumung a kürzester Zeit denkt. Auch in vielen Kreisen der anderen Delegationen empfindet man die französische Haltung in der Räumungsfrage als ein unehrliches Spiel mit Deutschland. Nach jahrelang geübten Methoden wollen die Franzosen die Entscheidung über die Hauptfragen der Konferenz bis auf die letzte Stunde hinausschieben, um dann Deutschland in die Zwangslage zu bringen, entweder weitgehende Zugeständnisse in allen großen Fragen machen zu müssen, oder die Verantwortung für einen Abbruch der Verhandlungen auf sich zu nehmen. Die Veruche Frankreichs, Deutschland abermals in eine deartige Stellung zu bringen, treten jetzt deutlich hervor. Eine feste Abwehr ist geboten! Die Vertagung der Räumungsfrage mit der finanziellen Frage, die von Frankreich systematisch seit dem ersten Tage der Konferenz betrieben wird, muß von deutscher Seite unbedingt auf das allerhöchste und energiefähigste bereitwillig werden.

Briand komme uns nicht mit „unpolitischen Schwierigkeiten“. Es war keine Sache, vor der Abreise nach dem Haag hars Frauen in Paris zu erwidern, wenn er das unterlassen hat, kann er doch mit diesem Fehler unter keinen Umständen die skandalöse Taktik des französischen Ministerspräsidenten sein gegebenes Wort nicht einlösen!

Vor der Versicherungsreform.

Die Beratung der Vorlage der Reichsregierung hat begonnen. — Der Inhalt des Entwurfs.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags trat am Dienstag unter Teilnahme von Vertretern der kommunalen Verbände zu einer Sitzung zusammen. Die Beratung der Regierungsvorlage über die Reform der Arbeitslosenversicherung geriet wieder. Da der Entwurf des Kabinetts erst in den Nachmittagsstunden vorlag, gab Ministerialdirektor Dr. Weigert zu Beginn der Sitzung einen Leberbüß über die wesentlichsten Punkte der Vorlage.

Der neue Entwurf geht danach von einem Durchschnitt von 1,1 Millionen Arbeitslosen aus, für die ein jährlicher Gesamtumfang von 119 Millionen Mark erforderlich ist. Zur Zeit verfügt aber die Arbeitslosenversicherung nur über 840 Millionen Mark jährliche Einnahmen. Die Reform hat somit einen Fehlbetrag von 279 Millionen zu decken.

140 Millionen Mehrertrag soll die Erhöhung der Beiträge um einhalb Prozent bringen. Den Rest des Fehlbetrags will man durch Organisationsverbesserungen, durch die Kürzung der Beiträge für die Krankenbehandlung und durch noch notwendige Vereinbarungen decken; für 47 Millionen Mark stehen nämlich auch in dem Regierungsentwurf noch Einnahmen. Insgesamt soll das jetzt geltende Gesetz 67 Minderungen erfahren, die zum Teil aber nur redaktioneller Natur sind.

Der Reichstag wird mit der Ausschussberatung des Gesetzentwurfs am heutigen Mittwoch beginnen; die Plenarverhandlung kann, wenn die Kommissionsberatungen ohne Zwischenfall verlaufen, am Freitag stattfinden.

Politische Rundschau.

Berlin, den 21. August 1929.

Der Chef der Marineleitung, Admiral Raeder, beauftragte in Wilhelmshaven die Truppen und die Anlagen des Stationsbereichs.

Zu den Meldungen über die geplante Tarifierhöhung bei der Reichsbahn erklärt die Gesellschaft, es treffe zwar zu, daß neue Besprechungen über die Frage der Tarifierhöhung stattgefunden hätten, doch sei es nicht richtig, daß eine Erhöhung der Tarife mit Wirkung vom 15. September beschlossen sei.

Präsident Hoover deutscher Ehren doktor. Die Technische Hochschule Karlsruhe, hat Herbert Hoover, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, ihre höchste akademische Auszeichnung verliehen, indem sie ihn zum Ehren doktor ernannte.

Vorbereitende Konferenz zum Weltfriedenskongress der Konfessionen. Im Haag zum Frankfurter am Main fand eine Konferenz zur Vorbereitung des für 1930 geplanten Weltfriedenskongresses der Konfessionen statt. An den Verhandlungen nahmen 70 Delegierte von 11 Konfessionen teil.

